

Sammelbesprechung „Europäische Identität“

Martin Heidenreich

(erschienen in: Soziologische Revue 24, 2001, 301-308).

Gespaltenes Europa? Regionen und Nationen in Bewegung. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen Jg. 12, Nr. 2/1999, 122 S., kt. DM 25

Emanuel Richter. Das republikanische Europa. Aspekte einer nachholenden Zivilisierung. Opladen: Leske + Budrich 1999, 252 S., kt. DM 48

Richard Sakwa und Anne Stevens (Hg.): Contemporary Europe. Macmillan: London 2000, 283 S., paperback £15.99.

György Szell (Hg.): Europäische Integration und sozialwissenschaftliche Theoriebildung. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch 1997, 118 S., br. DM 42

Therborn, Göran: Die Gesellschaften Europas 1945-2000. Ein soziologischer Vergleich, Frankfurt am Main und New York: Campus 2000, 435 S. geb. DM 78

Reinhold Viehoff und Rien T. Segers (Hg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1999, 440 S., br. DM 29,80

„Europa“ wird zu einem zunehmend wichtigeren Bezugspunkt sozialen Handelns: Ein Großteil der nationalen Gesetze bezieht sich auf europäische Vorgaben; zahlreiche multinationale Unternehmen betrachten Europa – und nicht mehr einzelne Länder – als ihren Heimatmarkt; politische Herausforderungen wie die BSE-Krise, die Situation in Jugoslawien, die hohe Arbeitslosigkeit, die Schonung natürlicher Ressourcen oder die Integration der postsozialistischen Länder werden zunehmend als europäische Aufgaben behandelt. Mit der Währungsunion und den ersten Anfängen einer gemeinsamen Beschäftigungs-, Sozial-, Außen- und Sicherheitspolitik geht die Europäische Union (EU) deutlich über ihr bislang zentrales Tätigkeitsfeld, die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, hinaus. Damit stellt sich aber auch die Frage, was Europa eigentlich ist, wo seine Grenzen liegen und wie die immer deutlicheren Auswirkungen auf das Alltagsleben der Europäer legitimiert werden können. Nicht zuletzt die relativ geringe Unterstützung der Bevölkerung für den Fortgang der europäischen Integration legt solche Fragen nahe: In der Eurobarometerumfrage vom Februar 2001 hält nur noch die Hälfte der Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache, die Einführung des Euro wird von 55 % und die Osterweiterung von 44 % der Befragten befürwortet. Der Frage nach den Grundlagen für die Legitimierung der entsprechenden Entscheidungen – und damit die Frage nach den Grundlagen einer europäischen Identität - kann immer weniger ausgewichen werden, je stärker die EU in das Alltagsleben ihrer Bürger eingreift.

Auf politischer Ebene wurde mit der Grundrechtscharta (Nizza 2000) eine Antwort vorgeschlagen. Die Berufung auf die Würde des Menschen und auf die Werte von Freiheit, Gleichheit und Solidarität kann aus soziologischer Perspektive jedoch nicht befriedigen, da die Genese solcher Werte und ihre Institutionalisierung ausgeblendet werden. Allerdings gibt es derzeit auch noch keinen sozialwissenschaftlichen Europabegriff, der eine überzeugende Antwort auf die Frage nach der europäischen Identität anbieten könnte. Einigkeit besteht nur darüber, dass sozialgeographische Abgrenzungen, Verweise auf das abendländisch-christliche Kulturerbe oder der Rückgriff auf modernisierungstheoretische Vorstellungen nicht weiterhelfen: Zum einen hat Europa keine eindeutigen Grenzen, zum anderen war das Abendland in politischer oder soziokultureller Hinsicht niemals ein homogenes Gebilde, drittens haben sich die ehemals europäischen Muster von Wissenschaft, Technik, Staatlichkeit und Wirtschaft längst weltweit durchgesetzt, sodass sich eine europäische Identität heutzutage

nicht mehr auf die einstige europäische Rolle als Wiege der okzidentalen Rationalität stützen kann. Hieraus kann die Konsequenz gezogen werden, dass jeglicher Versuch zur Formulierung eines soziologisch gehaltvollen Europabegriffs in einer funktional differenzierten Weltgesellschaft aussichtslos sei (Stichweh 2000: 10); ein solcher Begriff sei - ebenso wie andere territorial eingegrenzte Gesellschaftsbegriffe - „theoretisch nicht mehr satisfaktionsfähig“¹.

Zu einer solchen Extremposition gibt es meines Erachtens drei Alternativen: Die nüchternste Position identifiziert Europa mit der Europäischen Union und analysiert das neue, supranationale Herrschaftssystem in Wechselwirkung zu nationalstaatlichen Politikaren. Soziologisch befriedigender sind Versuche zur Bestimmung der historisch begründeten institutionellen Gemeinsamkeiten der europäischen Länder. Drittens kann - oftmals vor dem Hintergrund normativer Grundannahmen - die Konstruktion einer europäischen Identität als politische und soziokulturelle Aufgabe begriffen werden – eine Aufgabe, die vor dem Hintergrund gemeinsamer Erfahrungen, Entscheidungen, Ziele und Herausforderungen zu lösen sei.

Der erste Weg, die Identifikation Europas mit den Regulationsstrukturen der Europäischen Union, wird vor allem in den Politik- und Rechtswissenschaften eingeschlagen. So stellt etwa *Ingeborg Tömmel* in dem von *György Szell* herausgegebenen, außerordentlich heterogenen Sammelband die Frage, ob die europäischen Regulationsstrukturen eher das Ergebnis zwischenstaatlichen Vereinbarungen („Intergouvernementalismus“) oder eine neuartige und eigenständige suprastaatliche Regulationsebene sind („Supranationalismus bzw. Neofunktionalismus“). Die Autorin plädiert für die erste Alternative und interpretiert die Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit seit Mitte der 80er Jahre als Ergebnis eines neuen Muster der intergouvernementalen Entscheidungsfindung: Der Europäischen Kommission sei es gelungen „unter Einbezug von weiteren staatlichen und vor allem nichtstaatlichen Akteuren – einen Teil der Vermittlungsfunktionen (zu übernehmen; MH), die eigentlich dem Ministerrat zukommt“ (S. 63). Keinesfalls habe sich auf der europäischen Ebene eine eigenständige supranationale Entscheidungsebene herausgebildet. Wenn die Europäische Union auf einen erweiterten wirtschaftlichen Zweckverband beschränkt bleibt, wäre die nationalstaatliche Ebene die zentrale Ebene für die Legitimierung politischer Entscheidungen; eine europäische Identität könnte auf die schwache Form einer pluralen, transnationalen Identität beschränkt bleiben (*Walter Reese-Schäfer*; in *Viehoff/Segers* 1999). In dem Maße jedoch, wie sich die Europäische Union zu einem supranationalen Handlungs- und Entscheidungszentrum entwickelt, ist eine supranationale gesamteuropäische Identität eine notwendige Voraussetzung für die Legitimierung europäischer Entscheidungen. Ohne eine solche Identität könne sich Europa nicht als Staatsbürgernation konstituieren, da nationale Gesichtspunkte in Widerspruch zu politischen Beteiligungsrechten geraten würden (ein Problem, das im Verhältnis von Nationen und regionalistischen, oftmals ethnisch legitimierten Autonomiebestrebungen als Spannungsverhältnis von Ethnos und Demos diskutiert wird; vgl. hierzu die fünf kurzen, aber hochkarätigen Beiträge über regionale Konflikte in ethnisch gespaltenen Nationalstaaten – etwa in Jugoslawien, Südtirol, Nordirland oder im Baskenland – im Beiträge im Forschungsjournal *Neue Soziale Bewegungen* Nr. 2/1999). Die Entstehung einer solchen supranationalen Identität kann daher nur begrenzt durch politische Beteiligungsrechte sichergestellt werden.

In seiner beeindruckenden „soziologischen Nachkriegsgeschichte“ Europas hat *Göran Therborn* (2000) die Grundlagen für einen historisch-institutionalistischen Europabegriff gelegt. Diese 1995 auf englisch erschienene Studie („*European Modernity and Beyond*, Sage) ist nun in einer gründlich überarbeiteten und aktualisierten Fassung auf deutsch erschienen.

¹ So Luhmann, Niklas, 1997: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 31 über nationalstaatliche Gesellschaftsbegriffe.

Diese Arbeit ist in dreifacher Hinsicht ein Meilenstein der sozialwissenschaftlichen Europaforschung: Zum einen analysiert der Autor neben den westeuropäischen Ländern auch die Situation in den mittel- und osteuropäischen Ländern und arbeitet hierbei überraschende Gemeinsamkeiten heraus - etwa die demographischen Gemeinsamkeiten (S. 50), ein gemeinsames Industrialisierungsmuster (S. 86), die parallel verlaufenden Verstaatlichungs- und Privatisierungsprozesse in Ost und West (S. 145ff.) und die systemübergreifend egalitären Tendenzen in Nord- und Osteuropa. Zum anderen vermittelt der Autor einen umfassenden und aktuellen – wenn auch weitgehend unverbundenen - Überblick über 14 unterschiedliche Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in Europa (Bevölkerung, Arbeit, Handlungsrechte, Wirtschaft, Risiken und Chancen, Städte und Staaten, der europäische Wirtschafts- und Kulturraum, Identitätsfragen, Bildung und Wissenschaft, Werte, Zivilgesellschaften, politische Organisationsformen). Hierbei orientiert sich der Autor an einem einleitend begründeten, vierdimensionalen Analyseraster (Strukturierungen, Räume, Enkulturationen und kollektives Handeln). Drittens schlägt er einen modernisierungstheoretisch verankerten Europabegriff vor. Als Moderne wird dabei eine Epoche verstanden, „die der Zukunft zugewandt ist“ (S. 16). Die Besonderheiten der europäischen Moderne ergeben sich Therborn zufolge aus der Tatsache, dass sowohl die Protagonisten als auch die Gegner von Modernisierungsprozessen in der Region selber ansässig waren. Daher ist der europäische Modernisierungspfad durch endogene Konflikte, durch Revolutionen, Bürgerkriege, Klassenkonflikte und durch entsprechende scharfe ideologische Gegensätze gekennzeichnet: „Das Kräfteverhältnis zwischen Vernunft, Aufklärung, Emanzipation, ... Moderne auf der einen und göttlichem Recht und Gesetz, alten Sitten, der Weisheit der Vorfahren ... auf der anderen Seite wurde weithin und typischerweise durch den Bürgerkrieg bestimmt“ (S. 32). In Amerika hingegen befanden sich die Modernisierungsgegner auf der anderen Seite des Ozeans, während die Modernisierung in den Kolonien und in Japan von außen vorangetrieben bzw. angestoßen wurde. Weitere Aspekte der europäischen Moderne sind spezifische Familienstrukturen und eine umfassende und nachhaltige Industrialisierung (S. 80-89). Die im Detail untersuchte Periode von 1945-2000 ist durch die Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs, durch eine einzigartige Prosperitätsphase und durch einen allmählichen wirtschaftlichen Abstieg gekennzeichnet; dies dokumentiert sich in zahlreichen Wendepunkten (S. 367ff.): Das industrielle Zeitalter erreicht ihren Höhepunkt, um der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft Platz zu machen; die Rolle des Staates in der Wirtschaft nimmt zu, um dann seit den 80er Jahren wieder zurückzugehen; die sozialistischen Länder Osteuropas nähern sich in wirtschaftlicher Hinsicht dem Westen an, um seit den 70er Jahren wieder rasch zurückzufallen. Das Erbe der europäischen Geschichte sieht Therborn vor allem in einer weitverbreiteten Skepsis gegenüber Gott, der Wissenschaft und der Nation, in einem öffentlich-etatistischen Kollektivismus und einem familiären Individualismus. Allerdings konstatiert der Autor auch, dass historisch entstandene institutionelle und kulturelle Gemeinsamkeiten noch keine hinreichende Grundlage für eine gemeinsame Identität sind; eine solche Identität sei in Europa nicht ausgeprägter als in Afrika oder Lateinamerika (S. 261).

Der als Lehrbuch konzipierte Sammelband von *Richard Sakwa* und *Anne Stevens* knüpft in vielerlei Hinsicht an die bahnbrechende Arbeit von Therborn an. In zwölf Kapiteln werden dem Leser von elf, zumeist britischen Autoren historische, soziale und kulturelle Aspekte des heutigen Europa nahegebracht; unter anderem wird auf die historische Dimension Europas, auf Nationalstaaten und Regionen, auf die Sozialstruktur, auf politische Partizipationsmuster, auf Regierungsformen, auf die Europäische Union, auf Osteuropa, auf Globalisierungsprozesse und auf kulturelle und Sicherheitsaspekte eingegangen. Die Texte werden durch Landkarten, durch Biographien bedeutender Europäer und durch Statistiken aufgelockert; jeder Artikel wird mit einer Zusammenfassung, weiterführenden Literaturhinweisen und Diskussionsfragen abgeschlossen. Anders als bei Therborn werden

auch die politischen Aspekte des europäischen Integrationsprozesses ausführlich beleuchtet. Einleitend wird Europa als zukunftsorientierte, moderne Gesellschaft skizziert, deren Dynamik Ergebnis ihrer zahlreichen und konflikträchtigen geographischen, sprachlichen, religiösen, kulturellen, sozialen und politischen Vielfalt war. Nach einem kurzen Rückblick auf sechs sehr unterschiedliche Versuche zur Einigung Europas (Römisches Reich, Christenheit, Karl der Große, Napoleon, Hitler, Europäische Union) schließt *Richard Sakwa* mit der Frage nach den geographischen und politischen Grenzen Europas. Diese Frage nimmt *William Outhwaite* in seinem Kapitel über die soziale Struktur Europas wieder auf. Europa sei auch heutzutage noch durch die frühe Entwicklung von Kapitalismus und Industrialismus geprägt, etwa durch einen spezifischen Familientypus und durch eine geringere Religiosität (S. 69). Insbesondere konzentriert sich Outhwaite – auch hieran an die Arbeiten von Göran Therborn anschließend – auf die europäischen Besonderheiten des Kapitalismus, des Konstitutionalismus, der Rationalisierung und der Individualisierung: Der europäische Kapitalismus sei durch eine stärkere wohlfahrtsstaatliche Regulierung und durch einen höheren sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Einfluss gekennzeichnet, durch liberaldemokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen und durch eine Pionierrolle bei der Entwicklung regional-national-supranationaler Regulationsmuster, durch eine vergleichsweise stark säkularisierte Gesellschaft, durch eine weitgehende Rationalisierung der individuellen Lebensführung und durch weitgehende Möglichkeiten zur Definition der individuellen Identität. Abschließend kennzeichnen Sakwa/Stevens (2000) Europa durch die zentrale Bedeutung von Nationalstaaten, durch ein dichtes Netz grenzüberschreitender Nichtregierungsorganisationen, durch eine soziale Form des Kapitalismus und eine nichtmilitarisierte Zone von Frieden, Wohlfahrt und Wohlstand. Ähnlich wie bei Therborn ist das Fazit zwiespältig: Zum einen weisen die europäischen Länder zahlreiche Gemeinsamkeiten auf, zum anderen sind institutionelle und kulturelle Gemeinsamkeiten keine hinreichende Voraussetzung für eine europäische Identität.

Wenn eine europäische Identität weder durch supranationale Regulationsstrukturen noch durch institutionelle Gemeinsamkeiten begründet werden können, stellt sich die Frage, ob, wie und auf welcher Grundlage eine europäische Identität gezielt konstruiert werden kann. Im Anschluss an kommunitaristische und kritische Theorieangebote plädiert *Emanuel Richter* für die Verwirklichung der Demokratie in transnationalen Handlungszusammenhängen und formuliert hierzu das normative Modell eines republikanischen Europa. Dieses Projekt einer „nachholenden Zivilisierung“ versteht sich als Kritik an der „auf Effizienz rekurrierenden Dynamik der europäischen Marktgemeinschaft (Dieser fehle; d. Verf.) die Sensorik für emanzipatorische politische Anliegen (d. Verf.), die sich in der Autonomie der Bürger, in zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, demokratischer Partizipation und in der Flexibilisierung von Politikgestaltung ausweist (S. 223). Der von dem Autor angezielte „Republikanismus ist durch Flexibilität, Offenheit und die Rückführung jeglicher ‚Politik‘ auf zivilgesellschaftliche Bedürfnislagen und die daraus erwachsenden öffentlichen Diskurse gekennzeichnet“ (S. 18). Der von dem Autor eingeforderte „europäische Republikanismus“ versteht sich als normatives Projekt angesichts der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Differenzen, die durch die vorrangig wirtschaftliche Integration Europas geschaffen oder zumindest verstärkt werden. Anstelle der Beschwörung einer mythischen abendländischen Kultureinheit schlägt der Autor daher „Verständigungsprozesse über gruppenspezifischen Pluralismus, Identität und Abgrenzung“ (S. 85) vor. Allerdings sieht der Autor durchaus die Gefahr, dass sich der europäische Republikanismus als „nutzlose normative Überflutung“ (S. 224) des europäischen Integrationsprozesses erweist. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Nüchterner werden die Chancen zur Konstruktion einer europäischen Identität in dem Sammelband von *Reinhold Viehoff* und *Rien T. Segers* ausgelotet. Ausgehend von der Feststellung, dass die kulturelle Identität Europas „eine der wesentlichen Bedingungen für die

angestrebte Einigung und Entwicklung der Europäischen Union“ (S. 30) sei, vermitteln die 20 Beiträge dieses Bandes einen umfassenden und fundierten Überblick über die theoretischen Grundlagen kultureller Identitäten und die Möglichkeit zur Konstitutionen einer europäischen Identität im Spannungsfeld regionaler, nationaler und globaler Identifikationsmöglichkeiten. Zentrale Ergebnisse dieser Beiträge lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Trotz zunehmender kultureller und institutioneller Ähnlichkeiten zwischen den europäischen Ländern, trotz zunehmender Kommunikationsbeziehungen, trotz wirtschaftlicher, kultureller und juristischer Homogenisierungen (*Richard Münch*) und trotz der Herausbildung einer supranationalen europäischen Entscheidungsebene werden kollektive Identitäten in Europa noch vorrangig national bzw. regional konstituiert. *Wanda Dressler* zufolge (im *Forschungsjournal NSB*, S. 56) werden die Identitätsbezüge weiterhin von der Nation beherrscht. Auch der Bezug auf Europa im 19. und 20. Jahrhundert reflektierte nur den universalistischen Aspekt nationalstaatlicher Identitäten (*Gerard Delanty*). Wenig spricht für die These von *Therborn* (2000: 255f.), dass sich eine europäische Identität in Abgrenzung von den nationalstaatlichen Identitäten herausbildet.
2. Eine europäische Identität wird keinesfalls an die Stelle nationaler Identitäten treten, da Europa aufgrund seiner sprachlichen, regionalen und nationalen Vielfalt keine homogene, nach außen abgegrenzte Erfahrungs-, Kommunikations- und Erinnerungsgemeinschaft sei. Charakteristisch für Europa sei vielmehr „die ständige Konstitution vielfältiger, häufig konkurrierender Gemeinschaften“ (*Shmuel N. Eisenstadt*; S. 374). Erwartet werden kann höchstens, dass „Europa“ – komplementär zu regionalen, nationalen, globalen und anderen Identifikationen – zu einem wichtigen Bezugspunkt für wählbare, medial konstruierte Mehrfachidentitäten (*Walter Reese-Schäfer*; *Richard Münch*) wird. „Europa“ kann sich dem Trend zu postmodernen Patchwork-Identitätskonstrukten nicht entziehen (*Klaus Eder*). Eine besondere Bedeutung kommt hierbei dem Spannungsfeld von Globalisierung und Lokalisierung zu. So könne eine europäische Identität nur im Spannungsfeld globaler kultureller Diffusions- und Erosionsprozesse und partikularer, nationaler oder regionaler Identitätskonstruktion und Differenzen zu verorten (*Reinhold Viehoff und Rien T. Segers*). *Gerard Delanty* verweist allerdings darauf, dass Identitätskonstruktionen keinesfalls nur territorial zu denken seien; neben regionale, nationale oder europäische Identitäten können auch status-, berufs- oder klassenbasierte Identitäten treten.
3. Eine europäische Identität kann nicht auf gemeinsame, historisch tradierte Werte und Ordnungsvorstellungen zurückgeführt werden. Solch ein „determinierender Essentialismus“ wird von *Douwe Fokkema* und anderen Autoren explizit zurückgewiesen; stattdessen wird von konstruktivistischen Kultur- bzw. Identitätskonzepten ausgegangen. Die Institutionalisierung einer europäischen Kultur wird allerdings – so *Klaus Eder* im Gegensatz zu *Bernhard Giesen* – nicht mehr von Intellektuellen, sondern von Netzwerken professioneller kollektiver Akteure übernommen.
4. Eine europäische Identität kann nicht als konfliktfreies, kohärentes Wertmuster im Sinne einer abendländisch-christlichen „Leitkultur“ verstanden werden; sie wird sich nicht als Konsens über gemeinsame Werte herausbilden. Stattdessen wird die identitätsbildende Funktion von Dissens, von Streit, von Konflikten und Interessengegensätzen betont. Erwartet wird die „Entstehung von Kultur aus dem Dissens“ (*Klaus Eder*) und bzw. die diskursive Konstruktion einer reflexiven Identität (*Walter Reese-Schäfer*). *Bernhard Giesen* zufolge spricht vieles für eine traditionale bürgerliche Identität, die Dissens und Kompromiss in Europa institutionalisiert und damit „nationale und regionale Vielfalt mit bundesstaatlicher Einheit verbindet“ (S. 144)

5. Eine kulturelle Identität gehe immer mit der Unterscheidung von wir und sie, mit der „Konstruktion von Grenzen ... zwischen einer Gemeinschaft der Gleichen und einer Vielfalt von Außenstehenden“ (*Bernhard Giesen*, S. 130) einher. Daher warnt *Klaus Eder* explizit vor dem Ambivalenzen jeglicher Identitätspolitik: „Der Rufer nach europäischer Kultur für die europäische Einigung handelt wie der Zauberlehrling, der die Geister ruft, um dann ihrer nicht mehr Herr zu werden“ (S. 165). Eder plädiert daher für eine minimalistische Konzeption europäischer Identität, für eine Rechtsgemeinschaft, die sich auf eine flexibel zu handhabende rechtliche Exklusion beschränkt. *Siegfried J. Schmidt* sieht die Zukunft einer europäischen Identität ebenfalls nicht in der Vereinheitlichung kultureller Programme: „Multikulturelle Gesellschaften funktionieren ... dort, wo sich gemeinsame Routinen und Rituale öffentlicher Problemlösungen und ihrer Verrechtlichung herausgebildet haben“ (S. 127).

Diese konstruktivistischen Analysen blenden den Zusammenhang zwischen Identitäten und Interessen aus, den *M. Rainer Lepsius* in den Mittelpunkt stellt. Recht optimistisch geht er davon aus, dass eine Europäisierung von Interessen- und Umverteilungskonflikten entscheidend für die Herausbildung einer europäischen Identität werden könnte: „Neben den Nationalstaat tritt eine neue Institution (die Europäischen Union; d. Verf.) als Zurechnungseinheit für Erwartungen und Ansprüche und damit auch als Bezugseinheit für die Ausbildung von Zugehörigkeiten und Identitäten. Die Identitätsbildungen innerhalb der Nationalstaaten, die bisher schon mehrdimensional waren, werden durch eine Bezugsgröße ‚Europa‘ erweitert.“ (S. 213) „Wirtschaft und Recht, die am stärksten institutionalisierten Wertbeziehungen in der Europäischen Union, werden sich stärker europäisieren, andere weniger.“ (220f.)

Mit dem Interessenbezug kollektiver Identitäten geraten auch die sozialstrukturellen Grundlagen einer möglichen europäischen Identität in den Blick. *Richard Münch* macht darauf aufmerksam, dass Europa eher eine Sache der Modernisierungsgewinner sei; die Interessen einer supranationalen politisch-bürokratisch-kulturell-ökonomischen Modernisierungselite an einer europäischen Identität werden von weiten Teilen der national- und sozialstaatlich eingebundenen Bevölkerung nicht geteilt.

Festgehalten werden kann, dass eine transnationale europäische Identität auf absehbare Zeit nicht die bisherigen regionalen und nationalen Identifikationsmöglichkeiten ersetzen wird. Weder die kulturellen und institutionellen Gemeinsamkeiten der europäischen Länder noch die Entstehung einer supranationalen Handlungsarena haben bislang zu einer starken Identifikation der Bürger mit Europa führen können; von einer Denationalisierung kultureller Identitäten kann bisher nicht die Rede sein. Die tendenziell eher steigenden Sozialschutzausgaben der europäischen Nationalstaaten und die minimale Bedeutung einer europäischen Sozialpolitik sind nur ein Indikator dafür, dass die sozialstaatlich unterfütterten Identifikationsangebote der europäischen Wohlfahrtsstaaten noch längst nicht bedeutungslos sind. Vielleicht weist die Frage nach den Möglichkeiten und Chancen einer europäischen Identität aber auch in eine falsche Richtung. Angesichts der insbesondere auf europäischer Ebene vorangetriebenen Deregulierung und Liberalisierung der nationalen Wirtschafts- und Sozialschutzsysteme könnte die Wirksamkeit einer Identifikation mit „Europa“ auch in der Tatsache gesehen werden, dass sich bislang keine gesellschaftliche Gruppe und kein Land oder keine Region dauerhaft und entschlossen gegen den Binnenmarkt, die gemeinsame Währung oder die Osterweiterung ausgesprochen haben. Die Wirksamkeit einer regional-national-europäischen Mehrfachidentität – 45 % der Europäer fühlen sich als sowohl als Europäer als auch als Angehörige ihres Nationalstaates - könnte auch darin gesehen werden, dass mögliche Ressentiments gegen Globalisierungs- und Liberalisierungspolitiken wirkungsvoll aufgefangen werden. Daher könnte die anfangs zitierte Eurobarometerumfrage auch anders gelesen werden: Nur 14 % der Befragten halten die EU-Mitgliedschaft ihres

Landes für eine schlechte Sache, nur 30 % misstrauen der Europäischen Kommission, nur 37 % sind gegen eine einheitliche europäische Währung, nur 35 % sind gegen die Osterweiterung der Union.

Zitierte Literatur:

Luhmann, Niklas, 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Stichweh, Rudolf, 2000: Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.